

Medienbeobachtung

07.02.2023

Inhaltsverzeichnis

- S. 3 **Finanzausgleich: SPÖ, ÖVP und FPÖ wollen mehr Geld**
07.02.2023 , Kurier Seite 16

Kurier vom 07.02.2023

Finanzausgleich: SPÖ, ÖVP und FPÖ wollen mehr Geld

250 Millionen Euro würden an Linz gehen

Oberösterreich. Politisch sind sie sich nicht immer grün, aber gegen den Bund halten schwarz, blau und rot diesmal zusammen. Also auf der Ebene des Städtebundes, in Bezug auf den Finanzausgleich, der gerade verhandelt wird.

Der Linzer SPÖ-Bürgermeister Klaus Luger, seine SPÖ-Kollegin Sabine Naderer-Jelinek aus Leonding, FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl aus Wels und ÖVP-Bürgermeister Anton Froschauer aus Perg ziehen an einem Strang: Der Finanzausgleich soll zugunsten der Städte und Gemeinden verändert werden. In Zahlen lautet der Verteilungsschlüssel derzeit laut den Bürgermeistern: 68 Prozent gehen an den Bund, 20 Prozent an die Länder, 12 Prozent an die Gemeinden.

Die Forderung aus Oberösterreich, die zur Unterstützung der Verhandler auf Gemeindeseite auch dem Städtebund samt Argumentationsgrundlage übermittelt wird: Die rund 20 Prozent für die Länder bleiben unangetastet, aber vom Bund sollen 6 Prozent an die Gemeinden gehen. Sprich: 18 Prozent der Mittel sollen künftig den Gemeinden zur Bewältigung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen, 62 Prozent sollen beim Bund verbleiben.

Für Linz würde das Mehreinnahmen in der Höhe von 250 Millionen Euro bedeuten, für Wels etwas mehr als 60 Millionen Euro. Prinzipiell, so SPÖ-Bürgermeister Klaus Luger, wäre es ja längst an der Zeit, über eine „aufgabenorientierte Abgeltung“ zu reden. Weil das schon über Jahrzehnte nicht erfolgt sei, und die Kommunen immer neue Aufgaben übertragen bekommen hätten, gehe man nun mit dieser Forderung in die Verhandlungen.

Vielfältige Aufgaben

Begründet wird das einerseits eben mit jenen neuen Aufgaben, aber auch mit neuen Herausforderungen wie Klimaschutz, Energiewende und digitale Transformation, die vielfach von den Städten und Gemeinden zu stemmen seien, sind sich die vier Bürgermeister einig. Naderer-Jelinek: „Jetzt geht es nach dem Prinzip: Den Letzten beißen die Hunde.“ In ihrer Gemeinde ist der Finanzbedarf für die Kinderbetreuung innerhalb eines Jahres von 4,5 auf sechs Millionen Euro gestiegen. Der gemeinsame Auftritt sei gewählt worden in der Hoffnung, „dass uns jemand hört“.

Bürgermeister Luger ergänzt: „Mit einem Arbeitskreis und Versprechungen geben wir uns nicht mehr zufrieden.“

Kämpferisch zeigte sich auch Rabl (FPÖ), der die Frage nach einem Streik der Gemeinden in den Raum stellte, „ohne einen Streik androhen“ zu wollen.

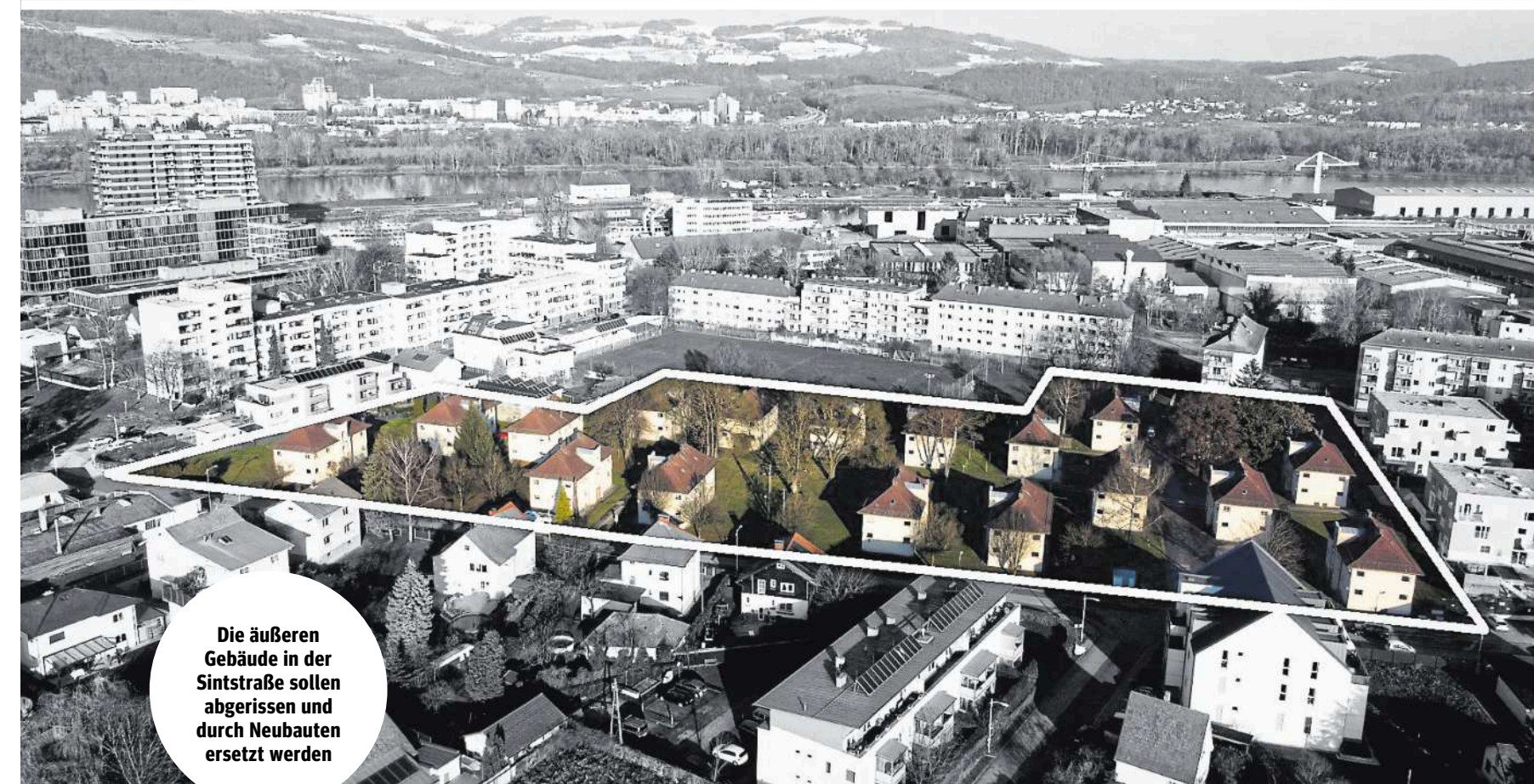
Bild: Anton Froschauer (ÖVP, Perg), Andreas Rabl (FPÖ, Wels), Sabine Naderer-Jelinek (Leonding) und Klaus Luger (Linz, beide SPÖ) ;

Quelle

Kurier

Pressespiegel

Typ	Tageszeitungen
Land	AT
Autor	Josef Kleinrath
Sprache	Deutsch



Die äußeren Gebäude in der Sintstraße sollen abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden

Fakten

Curt Kühne war einst Stadtbau- direktor von Linz. Er hat die Entwicklung der Stadt entscheidend geprägt, bis heute erinnert die Kühne-Straße an ihn.

Die Siedlung wurde in den Jahren 1927 bis 1931 erbaut. Damit wurde auch für die armen und schuftenden Arbeiter Wohnraum geschaffen, im Sinne der Gartenstadt-Bewegung in Europa

18

Wohnhäuser umfasst die Siedlung. Sieben davon können laut Stadt und Denkmalamt nicht mehr gerettet werden

Stadt lässt eigenes Erbe schleifen

Oberösterreich. Die Arbeitersiedlung in der Sintstraße steht für visionäre Architektur und das „rote Linz“. Bald muss ein Teil der Wohnhäuser Neubauten und einer Tiefgarage weichen – das sorgt für Kritik

VON MICHAELA HÖBERTH

Als der damalige Stadtbau- direktor Curt Kühne seine Siedlung in der Sintstraße entwarf, dachte er an die Arbeiter, das Proletariat, das trotz der Wirren der Zwischenkriegszeit ein ordentliches Dach über dem Kopf bekommen sollte. Und nicht nur das: Die Bewohner sollten auch Grünanlagen vor der Haustüre haben, die zugleich als Garten und Gemeinschaftsraum dienen sollten. Eine Idee also, die heute zeitgemäßer ist denn je – und zugleich ein politisches Statement, das auch 90 Jahre nach seiner Erbauung für das „rote Linz“ steht. Nun dürften die Tage für einen Teil der historischen Anlage aber gezählt

sein; am Montag trat der Beirat für Stadtgestaltung zusammen. Thema unter anderem: Ein Projekt der Strabag und der Gemeinnützigen Wohngemeinschaft der Stadt Linz, das einen Abriss von sieben der 18 Häuser in der einstigen Vorzeige-Siedlung vorsieht. Stattdessen sollen dort Neubauten entstehen, ebenso wie eine Tiefgarage.

Zwar hat der Beirat eine Wiedervorlage des Projekts mit Nachbesserungen gefordert, de facto steht aber fest: Das Vorhaben wird umgesetzt – den jahrelangen Diskussionen um die Zukunft des Areals und der vielen Kritik zum Trotz. Politisch machte sich vor allem Linz Plus für den vollständigen Erhalt der Siedlung stark. Gemeinderat

„Die Leitung des Bundesdenkmalamtes hat die sieben Häuser zum Abschluss freigegeben“

**Lorenz Potocnik
Linz Plus**

Lorenz Potocnik, seines Zeichens studierter Architekt, hatte bis zuletzt darauf gehofft, dass der Beirat zurückrudert. Vor allem, da die Siedlung 2012 noch gesamtheitlich unter Denkmalschutz gestellt wurde. 2020 wurde sie jedoch an den Höchstbieter verkauft, und das Landeskonservatorium des Bundesdenkmalamtes hat den Abriss der sieben Gebäude ermöglicht.

„Die neue Leitung des oberösterreichischen Bundesdenkmalamtes hat die sieben Häuser zum Abschluss freigegeben, ohne auch nur einen Entwurf gesehen zu haben“, kritisiert Potocnik. Ihm blutet angesichts des Vorhabens das Herz; Kühnes Projekt sei „gebauter Sozialdemokratie“. Zudem sei die Arbeitersiedlung ein international bedeutsames Beispiel für eine Gartenstadt; Kühnes architektonisches Modell, das sein Ursprung ein in England hatte.

Völlig anders sieht das SPÖ-Planungsstadtrat Dietmar Prammer. „Kühne hätte aber wohl auch gewollt, dass Menschen in seiner Siedlung leben können“, kontert er. Das sei in den desolaten Gebäuden nämlich nicht mehr

„Stadtbau- direktor Kühne hätte wohl gewollt, dass Menschen in seiner Siedlung leben können“

**Dietmar Prammer
SPÖ-Planungsstadtrat**

möglich. Kurzsichtig gehandelt zu haben, das will er sich nicht nachsagen lassen; die Stadt habe als frühere Eigentümerin lange versucht, das Areal zu retten. Unterm Strich habe es jedoch an den finanziellen Mitteln gefehlt.

Das Projekt ermögliche laut Prammer nun ein Nebeneinander von Alt und Neu: von den geplanten Neubauten am Rand der Siedlung

ebenso wie von den historischen Gebäuden um den zentralen Anger, die auch wesentlich den Gartenstadt-Charakter ausmachen würden. „Dieser Altbestand soll aufwendig saniert werden und Wohnen wieder ermöglichen“, so der Stadtrat. Das Bundesdenkmalamt hat das Vorhaben bereits abgelehnt. „Diese Hybridlösung ist ein sehr gangbarer Weg, der die sensible Sanierung von Bestandsbauten mit einem Weiterdenken und Weiterentwickeln des kulturellen Erbes verbindet“, heißt es in einer Stellungnahme zu dem Projekt. Eine Sanierung der sieben Häuser, die bald Geschichte sein werden, könne weder denkmalgerecht noch kostenrelevant erfolgen.

Bürgerinitiative kritisiert Pläne zur Erweiterung der Pädagogischen Hochschule

Am Freinberg steht laut „Linzer Grüngürtel schützen“ der Klimaschutz mit der Modernisierung der Hochschule im Konflikt

Oberösterreich. Bildung und Klimaschutz sieht man selten im Konflikt. Das neueste Projekt der Diözese Linz am Freinberg beweist jedoch das Gegenteil. Geplant ist eine tiefgreifende technische und thermische Sanierung der Hochschule, die eine Modernisierung und eine damit verbundene Attraktivität der Einrichtung mit sich bringen soll.

Durch die Modernisierung sollen auch neue Lehr- und Fachkräfte angesprochen werden. Ein gemeinsamer Campus würde außerdem die Kosten für den Erhalt und den Betrieb senken. Auch die Attraktivität für Studierende und die Dynamik in Forschung und Lehre würden gesteigert werden. Die Sanie-

rung ist sehr sensibel und kostenintensiv. Sie steht unter der finanziellen Beteiligung des Landes Oberösterreich und der Republik Österreich. Und in enger Abstimmung mit dem Bundesdenkmalamt. Die Kostenschätzung beträgt rund 70 Millionen Euro.

Das Modernisierungsprojekt steht jedoch im Konflikt mit dem Schutz des Grüngürtels am Freinberg, kritisiert die Bürgerinitiative „Linzer Grüngürtel schützen“ das Vorhaben. Denn der Grüngürtel stehe unter Denkmalschutz, so Christian Trübenbach, Sprecher der Initiative.

Denn diese Ausweitung der Hochschule würde eine weitere Verkleinerung der Kaltluftschneise am Freinberg bedeuten. Diese sei aller-



Die Pädagogische Hochschule der Diözese Linz am Freinberg

dings besonders wichtig für die Linzer Innenstadt, wie eine Stadtklimaanalyse gezeigt hat. Trübenbach fürchtet, dass eine Ausweitung des Campus, ohne massiv in die Natur einzugreifen, unmöglich sei.

Weil die Diözese nun überlegt, alle tertiären Studienmöglichkeiten in Linz an diesem Standort zusammenzulegen, wird auch eine Erweiterung des räumlichen Angebots überlegt.

Erweiterung ins Grüne

Daraus folgert der Sprecher der Bürgerinitiative, dass ein Neubezug ins Grünland abzusehen sei. Und er ist überzeugt, dass eine Erweiterung des Gebäudes nicht mit dem Ziel von

Linz, Klimahauptstadt zu werden, zusammenpasst. Die Bürgerinitiative betont in diesem Zusammenhang auch, dass jedenfalls Anrainerrechte zu berücksichtigen seien. Trübenbach: „Es hört sich schon wieder alles so fix und beschlossen an, das ist unverständlich für so ein sensibles Areal mitten in der Kaltluftschneise und dem Naherholungsgebiet.“

Seitens der Diözese wird betont, dass es sich zum jetzigen Zeitpunkt nur um Überlegungen handle. Ab Februar 2023 beginnt der EU-weite Planungswettbewerb. Bis Herbst 2023 soll ein Generalplan ermittelt werden. Der Baubeginn wird laut Diözese frühestens 2026 sein.

Laura Hess



„Villach 2033“: Ergebnisse des Bürgerrats

Kärnten. Aus 600 per Zufallsprinzip ausgewählten Bewohnerinnen und Bewohnern von Villach wurden 21 in den Bürgerrat gewählt, der sich über die Entwicklung der Stadt Gedanken machte. Die Ergebnisse werden am Donnerstag präsentiert.

STADT VILLACH / BERESLAVSKAYA



ORF/GEHARDT PRODUCTIONS/STEFANIE LEU

KURIER

Die Klimaschützer wurden in Graz und Innsbruck sesshaft

Protest. Aktivisten kündigten zudem „Welle“ an Maßnahmen in Wien an



Hinter den Aktivisten in Innsbruck standen am Montag viele Wissenschaftler, die die Forderungen der Klimaschützer unterstützen

VON ELISABETH HOLZER-OTTAWA

Eineinhalb Stunden in Innsbruck, 15 Minuten in Graz: Zeitgleich gab es am Montag im Frühverkehr Protestaktionen der „Letzten Generation Österreich“.

In Graz blockierten drei Aktivisten die Grabenstraße, in Innsbruck waren weit mehr Protestierende aktiv: Fünf Personen klebten sich an der Fahrbahn der Otto-Herzog-Straße fest, einer der wichtigsten Einfahrtsstraßen der Tiroler Landeshauptstadt. Sie waren im Gegensatz zu ihren Grazer Mitstreitern nicht allein: Hinter ihnen standen zahlreiche Wissenschaftler der Universität Innsbruck sowie der Privatuniversität UMIT, unter ihnen Virologin Dorothee von Laer, Anke Bockreis, Professorin für Abfallbehandlung und Ressourcenmanagement sowie Georg

„Die Fakten liegen auf dem Tisch, aber es passiert zu wenig. Es braucht Protestformen, die gesehen werden“

**Anke Bockreis
Uni-Professorin**

Kaser, bis 2021 Dekan der Fakultät für Geo- und Atmosphärenwissenschaften. Sie erklärten sich mit den Forderungen der „Letzten Generation“ solidarisch. „Die Fakten liegen auf dem Tisch, es passiert viel zu wenig“, kritisierte Bockreis. „Die Wissenschaft schafft es nicht, die Dringlichkeit von Maßnahmen so zu kommunizieren, dass sie auch gesetzt werden. Daher braucht es Protestformen, die gehört und gesehen werden, die auftragen.“ Kaser, als mehrmaliger Leitautor des Weltklimarates einer der bekanntesten österreichischen Klimaforscher, betonte, er habe kein Verständnis, wenn nach höheren Strafen für die Aktivisten gerufen werde: „Es ist erstaunlich, wie viel Energie darauf verschwendet wird, die Überbringer der Botschaft anzugehen anstatt die Botschaft zu hören.“

Bekannte Forderungen

In beiden Landeshauptstädten gab es bereits mehrmals Aktionen der „Letzten Generation“, sie sich im Gegensatz zu anderen Städten ausschließlich auf überraschende Straßenblockaden beschränkten. Sie forderten unter anderem Tempo 100 auf den Autobahnen und ein absolutes Verbot von Fracking in Österreich, einer umstrittenen Methode, Erdgas zu fördern. Obwohl die Protestaktion in Graz nur kurz war, gab es im Frühverkehr umfangreichen Stau.

Ebenso in Innsbruck, auch wenn die Polizei den Kfz-Verkehr umleitete. Sowohl in Innsbruck als auch in Graz gaben die Protestierenden die Straßen freiwillig wieder frei, die Polizei musste die Blockaden nicht auflösen.

Gemeinsamer Protest

In Wien könnte kommende Woche aber wieder mehr los sein. Die „Letzte Generation“ kündigte an, eine „Welle“ an Maßnahmen zu starten, die zwei Wochen dauern sollen. Auch der Start wurde bereits bekannt gegeben: 13. Februar, 8 Uhr, Treffpunkt Wiener Sezession.

Die Klimaschützer hoffen, dass sich auch viele nicht in der „Letzten Generation“ organisierte Privatpersonen anschließen und der Straßenverkehr gemeinsam zum Stillstand gebracht werde. Dann sei auch Ankleben nicht mehr notwendig.

Soko Linz startet heute Abend

Oberösterreich. Mit einer Doppelfolge startet Soko Linz heute, Dienstag, ab 20.15 Uhr auf ORF 1, in die zweite Staffel. In „Herzstiche“ und „Spurlos“ ermittelt Dan Gawlowski als Kommissar Ben, Paula Hainberger aus Linz spielt seine Tochter Emilia.

Finanzausgleich: SPÖ, ÖVP und FPÖ wollen mehr Geld

250 Millionen Euro würden an Linz gehen

Oberösterreich. Politisch sind sie sich nicht immer grün, aber gegen den Bund halten schwarz, blau und rot diesmal zusammen. Also auf der Ebene des Städtebundes, in Bezug auf den Finanzausgleich, der gerade verhandelt wird.

Der Linzer SPÖ-Bürgermeister Klaus Luger, seine SPÖ-Kollegin Sabine Naderer-Jelinek aus Leonding, FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl aus Wels und ÖVP-Bürgermeister Anton Froschauer aus Perg ziehen an einem Strang: Der Finanzausgleich soll zugunsten der Städte und Gemeinden verändert werden. In Zahlen lautet der Verteilungsschlüssel derzeit laut den Bürgermeistern: 68 Prozent gehen an den Bund, 20 Prozent an die Länder, 12 Prozent an die Gemeinden.

Die Forderung aus Oberösterreich, die zur Unterstützung der Verhandler auf Gemeindeseite auch dem Städtebund samt Argumentationsgrundlage übermittelt wird: Die rund 20 Prozent für die Länder bleiben unangestastet, aber vom Bund sollen 6 Prozent an die Gemeinden gehen. Sprich: 18 Prozent der Mittel sollen künftig den Gemeinden zur Bewältigung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen, 62 Prozent sollen beim Bund verbleiben.

Für Linz würde das Mehreinnahmen in der Höhe von 250 Millionen Euro bedeuten, für Wels etwas mehr als 60

Millionen Euro. Prinzipiell, so SPÖ-Bürgermeister Klaus Luger, wäre es ja längst an der Zeit, über eine „aufgabenorientierte Abgeltung“ zu reden. Weil das schon über Jahrzehnte nicht erfolgt sei, und die Kommunen immer neue Aufgaben übertragen bekommen hätten, gehe man nun mit dieser Forderung in die Verhandlungen.

Vielältige Aufgaben

Begründet wird das einerseits eben mit jenen neuen Aufgaben, aber auch mit neuen Herausforderungen wie Klimaschutz, Energiewende und digitale Transformation, die vielfach von den Städten und Gemeinden zu stemmen seien, sind sich die vier Bürgermeister einig. Naderer-Jelinek: „Jetzt geht es nach dem Prinzip: Den Letzten beißen die Hunde.“ In ihrer Gemeinde ist der Finanzbedarf für die Kinderbetreuung innerhalb eines Jahres von 4,5 auf sechs Millionen Euro gestiegen. Der gemeinsame Auftritt sei gewählt worden in der Hoffnung, „dass uns jemand hört“.

Bürgermeister Luger ergänzte: „Mit einem Arbeitskreis und Versprechungen geben wir uns nicht mehr zufrieden.“

Kämpferisch zeigte sich auch Rabl (FPÖ), der die Frage nach einem Streik der Gemeinden in den Raum stellte, „ohne einen Streik androhen“ zu wollen. JOSEF KLEINRATH



Anton Froschauer (ÖVP, Perg), Andreas Rabl (FPÖ, Wels), Sabine Naderer-Jelinek (Leonding) und Klaus Luger (Linz, beide SPÖ)

Überblick

Vergewaltigung: Teilbedingte Haft

Kärnten. Ein 28-Jähriger wurde am Montag am Straflandesgericht Klagenfurt wegen Vergewaltigung zu 16 Monaten Haft, davon zwei unbedingt, verurteilt: Er soll vor fast zehn Jahren zwei damals 13-jährige Mädchen vergewaltigt haben. Der Fall wurde erst durch Social-Media-Aktivitäten eines der Opfer vor zwei Jahren bekannt. Die Übergriffe sollen nach Disobesuchen passiert sein: Die Mädchen kamen da – unabhängig voneinander – mit dem damals 19-Jährigen in Kontakt. Ein Opfer soll er bei sich zu Hause, eines im Wald missbraucht haben. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

Cyberattacke gegen die Universität Graz

Steiermark. Hacker versuchten am Wochenende einen Cyberangriff auf die Universität Graz: Der Angriff auf die IT-Infrastruktur sei beim routinemäßigen Sicherheitscheck durch den Informatikdienst der Uni festgestellt worden, hieß es am Montag. Nach bisherigem Wissensstand dürften keine Daten verschlüsselt oder abgesehen worden sein. Am Wochenende fuhr die Uni ihre IT in weiten Teilen herunter, Mitarbeiter und Studierende konnten nicht auf ihr Online-System zugreifen. Der Cyberangriff war nicht der Erste: Zuletzt gab es im Jänner 2020 eine eMail-Attacke.



19 Wölfe wurden im Vorjahr in Tirol nachgewiesen

Bilanz 2022: Mehr Risse durch Wölfe

Tirol. In Tirol wurden im Vorjahr insgesamt 19 Wölfe und drei Bären nachgewiesen. Das geht aus dem Jahresbericht zu Großraubtieren hervor, teilte das Land am Montag mit. Mit 413 gerissenen und 527 als vermisst eingestufteten Nutztieren wurde ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 2021 verzeichnet, damals ging es um insgesamt 619 Tiere.

Drei Trickbetrüger in U-Haft genommen

Oberösterreich. Das Landes-kriminalamt Oberösterreich fasste in den vergangenen Tagen drei Mitglieder einer internationalen Telefonbetrügerbande, sie sitzen in U-Haft. Ihnen werden Straftaten in Ober- und Niederösterreich mit einer Schadenshöhe von rund 700.000 Euro angelastet. Die beiden 24-Jährigen und der 20-Jährige gehören zu einer Gruppe Trickbetrüger, die ältere Menschen im Visier haben: Sie gaukeln den Senioren vor, in der Nachbarschaft würde eingebrochen und sie würden als Polizisten Geld und Wertsachen in Sicherheit bringen.

Land fördert Ausbau von PV-Anlagen

Steiermark. Auf Dächern von Gemeindeämtern, Rüsthäusern, Vereinsgebäuden sowie Volksschulen oder Kindergärten sollen künftig mehr Photovoltaikanlagen errichtet werden. Das Land Steiermark fördert solche Projekte heuer mit drei Millionen Euro aus dem Klimafonds. Ansuchen müssen die Gemeinden, das geht auch in einem Antrag für mehrere Gebäude, die im Gemeindeeigentum stehen. Die Förderhöhe ist nach Steuerkraftquote gestaffelt, die Obergrenze liegt bei 110.000 Euro.

NAMENSTAG, 7.2.

Lukas, Mathilde, Richard